

Hilfe jenseits von Almosen

Afrika kann langfristig auch ohne Finanztransfers leben. Doch ist jetzt der falsche Zeitpunkt, die Entwicklungshilfen zurückzufahren

PETER WOLFF

Das Buch „Dead Aid“ der Sambierin Dambisa Moyo, eine polemische Antithese zum „Live Aid“-Projekt für Afrika der Popstars Bono und Bob Geldof, hat vor allem wegen seiner Fundamentalkritik an der Entwicklungshilfe Aufsehen erregt. Diskutiert wurden allerdings vor allem altbekannte Argumente gegen die Unterstützung schlechter Regierungen in Afrika. Die Alternativen, welche sie anstelle klassischer Entwicklungshilfe empfiehlt, wurden kaum analysiert.

Moyo macht den (auch nicht eben originellen) Vorschlag, die afrikanischen Länder sollten ihre Entwicklung verstärkt dadurch finanzieren, dass sie Steuereinnahmen erhöhen und die nationalen und internationalen Kapitalmärkte nutzen – also den Weg gehen, den viele Schwellenländer bereits gegangen sind.

Die Bedingungen für diese Strategie haben sich mit der Finanzkrise und der weltweiten Rezession allerdings zusätzlich verschlechtert. Afrika ist durch die Rezession massiv betroffen. Das Wachstum wird sich 2009 mindestens halbieren und die fiskalischen Spielräume einengen. Investitionen lassen sich schwerer finanzieren, und die Armut wird zwangsläufig zunehmen.

Die Bedingungen für diese Strategie haben sich mit der Finanzkrise und der weltweiten Rezession allerdings zusätzlich verschlechtert. Afrika ist durch die Rezession massiv betroffen. Das Wachstum wird sich 2009 mindestens halbieren und die fiskalischen Spielräume einengen. Investitionen lassen sich schwerer finanzieren, und die Armut wird zwangsläufig zunehmen.

Es gibt also gute Gründe, die Entwicklungshilfe gerade jetzt nicht zurückzufahren. Die Uno-Konferenz Ende Juni zu den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer hat deshalb auch bekräftigt, dass vor allem die ärmsten Entwicklungsländer zusätzliche öffentliche Mittel brauchen. Das nie erreichte und angesichts der katastrophalen Haushaltslage der OECD-Länder kaum erreichbare 0,7-Prozent-Ziel wurde wieder einmal in eine Abschlusserklärung aufgenommen.

Gerade unter dem Eindruck der Krise gibt es in Afrika jedoch auch Initiativen, die genau das anstreben, was Dambisa Moyo vorschlägt: Eigene Finanzsysteme sollen aufgebaut und das unterentwickelte Bank- und Versicherungswesen gestärkt werden.

Visionäre Kooperationen

Die Kapitalmärkte ließen sich ebenfalls als Quelle der Entwicklungsfinanzierung nutzen. So hat die Afrikanische Entwicklungsbank 2008 die „Afrikanische Finanzmarktinitiative“ gestartet, mit der die Infrastruktur für lokale Anleihemärkte in Afrika ausgebaut werden soll. Ein speziell eingerichteter Fonds stellt dafür Liquidität bereit.

Da die meisten nationalen Kapitalmärkte zu klein sind, ist regionale Kooperation gefragt. Der Plan der Afrikanischen Union, innerhalb der nächsten zwölf Jahre eine Afrikanische Zentralbank, einen Afrikanischen Währungsfonds und eine Afrikanische Investitionsbank zu errichten, mag politisch wenig realistisch sein. Zumindest ist es eine Vision, die deutlich macht, dass Afrika nicht hinter anderen Weltregionen zurückstehen will.

West- und Ostafrika zeigen sich neuerdings bereit, gemeinsame Re-

geln für den Rahmen und die Aufsicht regionaler Finanzmärkte zu entwickeln. Im südlichen Afrika gilt das ebenfalls, allerdings verschleppt dort die Skepsis der kleinen Länder gegenüber Südafrika die Umsetzung. Das Land agiert zwar vorsichtig, ist aber dennoch übermächtig.

Trotzdem schälen sich in Südafrika, Nigeria, Kenia und Ägypten allmählich regionale Finanzzentren heraus, die vor allem durch ihre zunehmend überregional tätigen Banken eine Modernisierung im Bankwesen anschieben. Es gibt schließlich auch in Afrika Kapital-exportländer, deren Überschüsse in die Region kanalisiert werden könnten – sofern eine entsprechende Infrastruktur in Form von Kapitalmärkten vorhanden ist.

Arabische Staatsfonds für Afrika

Eine Rückkehr auf die internationalen Kapitalmärkte, wo 2007 sogar Ghana eine mehrfach überzeichnete Anleihe in Höhe von 750 Mio. \$ platziert hat, wird dagegen vorerst kaum möglich sein. Einige Länder prüfen allerdings die Begehung sogenannter Diaspora-Anleihen, mit denen Israel und Indien gute Erfahrungen gemacht haben. Die Weltbank schätzt das Potenzial derartiger Anleihen, die sich an im Ausland lebende Afrikaner richten, auf 5 bis 10 Mrd. \$.

Der Finanzierungsbedarf für die Infrastruktur in Afrika liegt schätzungsweise bei jährlich 40 Mrd. \$. Vor der Krise schossen in Afrika Private-Equity- und Venture-Capital-Fonds wie Pilze aus dem Boden. In der Krise stützen einige Organisationen wie die Weltbanktochter IFC oder die deutsche DEG Finanzierungsgesellschaften mit Kapitalbeteiligungen, um die für Afrika neuen Finanzinstrumente zu stärken. Investitionen in kommerziell rentable Projekte wie Häfen, Flughäfen und Energieanlagen können auch privat gestemmt werden, wenigstens teilweise. Das Gleiche gilt für den immensen Infrastrukturbedarf in den wachsenden Großstädten. Dort ist ein Teil der Bürger grundsätzlich in der Lage, kostendeckende Gebühren zu zahlen.

Eine von der IFC jüngst gegründete Investitionsgesellschaft versucht darüber hinaus, Mittel der arabischen und chinesischen Staatsfonds zu mobilisieren. Deren grundsätzliche Bereitschaft, einen Teil ihres Kapitals in Afrika zu investieren, ist gesichert. Das Kapital sucht nach guten Schuldnern – warum nicht in Afrika?

Auch für Afrika wird es das von Dambisa Moyo angestrebte Leben „nach der Entwicklungshilfe“ geben. Nur entzieht die Finanzkrise ihrer Vorstellung, dass dies innerhalb von fünf bis zehn Jahren geschehen könnte, den Boden. Die Krise ist jedoch auch ein Weckruf an die afrikanische Politik, dass sie die nationalen und regionalen Kapitalmärkte mit Nachdruck entwickeln muss.

Dass dabei die Entwicklungshilfe – allerdings mit eher bescheidenem Einsatz von öffentlichen Mitteln – eine unterstützende Rolle spielt, zeigt zweierlei: dass es nicht auf große Summen, sondern auf gute ökonomische Anreize ankommt. Und dass Entwicklungshilfe auch ziemlich „smart“ sein kann.

PETER WOLFF leitet die Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn.

Mehr Macht für Brüssel

Deutschland bremst die Demokratisierung der EU, wenn es auf die Rechte der nationalen Parlamente pocht. Stattdessen sollten die Bürger eine gemeinsame europäische Regierung wählen können

VON STEFAN COLLIGNON

Das Bundesverfassungsgericht hat Europa einen Bärendienst erwiesen. Zwar hat es keinen Einspruch gegen die Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon erhoben, aber bei genauerem Hinsehen stellt man fest, dass das Gericht mit seinem Urteil einem demokratischen Europa im Wege steht.

Seit Jahren nimmt die Europamüdigkeit zu. Nach den Referenden von Frankreich, den Niederlanden und Irland hat die Europawahl gerade wieder einen neuen Beweis geliefert. Zahlreiche Untersuchungen zeigen jedoch, dass die Bürger nicht gegen die europäische Einigung als solche sind, sondern gegen dieses real existierende Europa, das sie als bürokratisch, undurchsichtig und undemokratisch empfinden. Sie wollen ein Europa, das ihnen nicht laue Regierungskompromisse von oben überstülpt, sondern sie wollen selbst entscheiden, welche Politik Europa verfolgen soll.

Das Gericht hilft ihnen dabei nicht. Deutschland bleibt Deutschland, das ist die These der Verfassungsrichter, und Europa muss bleiben, wie es ist. Der „Identitätskern“ müsse gewahrt bleiben. Was das ist, will das Gericht selbstverständlich selbst entscheiden. Nach seiner Auffassung sind Staaten souverän und müssen es auch bleiben. Kernbereiche staatlichen Handelns dürfen nicht aus der deutschen Hand gegeben werden, etwa in Fragen von Krieg und Frieden, Hoheit über den Haushalt, Strafrecht, Erziehung, Bildung, Kultur und Religion. So ist es dann nur konsequent, wenn das

Gericht meint, nur der Nationalstaat könne die Verbindung zwischen dem Volk und seinen Vertretern gewährleisten, die für das Funktionieren von Demokratien notwendig ist. Oder anders ausgedrückt: Europäische Integration ist in Ordnung, solange sie nicht weitergeht als das, was wir haben.

Nun verstellt aber der Blick auf Volk und Identität die Aussicht auf ein demokratisches Europa. Denn seit den amerikanischen und französischen Revolutionen vor mehr als 200 Jahren sollte es selbstverständlich sein, dass nicht Staaten, sondern Bürger souverän sind. Sie ernennen Regierungen zu ihren Agenten, um die Dinge, die sie alle gemeinsam betreffen, effizient zu verwalten. Die föderativen Grundsätze und das Prinzip der Subsidiarität, die in der deutschen Verfassung verankert sind, machen deutlich, dass Regierungen auf unterschiedlichen Ebenen für verschiedene Aufgaben und nicht für verschiedene Völker zuständig sind. Das Kriterium ist Betroffenheit, nicht Identität. Deshalb ist ein Sammelurteil von „Kernbereichen staatlichen Handelns“ wenig hilfreich, um zu entscheiden, was auf nationaler und was auf europäischer Ebene geregelt werden soll.

Das Gericht hat zudem offenbar auch nicht verstanden, dass in einer voll integrierten Marktwirtschaft mit Gemeinschaftswährung und offenen Grenzen die demokratische Kontrollierbarkeit durch den Nationalstaat zunehmend

ausgehöhlt wird. Zwar mögen die Wähler ihre Regierung mit der Umsetzung bestimmter Themen beauftragen, aber die Folgen betreffen in der Regel auch alle anderen. Wenn der französische Präsident den Protektionismus vorantreibt, um dem Rechtsextremen Jean-Marie Le Pen die Wähler abzuwerben, so hat dies negative Auswirkungen für deutsche Exporte. Und wenn Bundeskanzlerin Merkel sich weigert, die Konjunktur anzukurbeln, dann ist dies schlecht für ganz Europa. Diese sogenannten externen Effekte können nur auf der europäischen Ebene eingefangen werden. Europa gehört uns allen.

Wenn dem so ist, dann stellt sich die eigentliche Frage nicht nach dem Identitätskern der Verfassung, sondern danach, wie Europa regiert werden soll: vor-demokratisch durch nationale Regierungen, die sich für souverän halten, oder demokratisch durch Bürger, die alle gemeinsam in ihren Interessen berührt sind? Das heutige Modell der Zusammenarbeit von nationalen Regierungen und Bürokratien im Rat schließt die Bürger aus.

Auch der durch den Lissabon-Vertrag gestärkte Einfluss des Europäischen Parlaments ändert daran nichts, wie das Gericht zutreffend analysiert. Allerdings ist die Schwäche des Vertrags nicht, dass es kein europäisches Volk, keinen Demos gäbe, sondern dass es keine europäische Regierung wählen kann. Das europäische Volk sind seine

Bürger. Was Europa fehlt, ist eine demokratisch gewählte Regierung, die das (und nur das), was alle europäischen Bürger betrifft, im gemeinsamen Interesse verwaltet. Politische Konkurrenz wird dann öffentliche Debatten fördern und die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Gleichheitsgerechtigkeit verwirklichen, also die angemessene Repräsentierung der Wählerstimmen.

Eine solche Regierung erfordert keinen Bundesstaat für Europa und keine Verfassungsumschreibung für Deutschland. Wie im Grundgesetz vorgesehen, ist und bleibt die deutsche Bundesregierung für die Deutschen da. Aber eine nationale Regierung oder ein nationales Parlament können niemals für alle Europäer Entscheidungen treffen. Diese Funktion kann nur eine europäische Regierung mit klarer Kompetenz-zuteilung erfüllen. Die altertümliche Vorstellung nationaler Identitäten verhindert eine funktionsgerechte Verwirklichung der Bürgerinteressen.

Der Konflikt zwischen unzeitgemäßen Rechtsvorstellungen und den Anforderungen an moderne Politikinstitutionen in einem integrierten Europa verwirrt viele Bürger heute. Was nützt, ist der Schritt nach vorn, zu einem wirklich demokratisch verfassten Europa. Stillstand, wie ihn das Bundesverfassungsgericht empfiehlt, ist Rückschritt. Wir haben Besseres verdient.

STEFAN COLLIGNON ist Professor an der Sant' Anna School of Advanced Studies in Pisa.

Das heutige Modell der Zusammenarbeit schließt die Bürger aus

Weltwirtschaftskrise, die nächste

Der Absturz nähert sich der dritten Phase. Nur die deutsche Regierung hält daran fest, dass alles gut wird



LUCAS ZEISE

Sie ist einfach cool, unsere Kanzlerin. In der Stunde höchster Gefahr tut sie so, als wäre gar nichts los. Mehr noch, sie kündigt an, den Kollegen morgen beim G8-Gipfel im vom Erdbeben zerstörten Abruzenstädtchen L'Aquila ein bisschen Haltung und Durchhalten zu empfehlen. Schluss mit den Maßnahmen gegen die Finanzkrise, will sie Obama, Sarkozy, Brown et cetera zurufen. Die Krise geht schließlich von selbst vorbei. Jetzt sollten sich die Regierungschefs um die Zeit nach der Krise kümmern. Und keine weiteren Konjunkturprogramme bitte. Stattdessen sollten sich die anderen sieben ein Beispiel an Deutschland nehmen, das sich die „Schuldenbremse“ für die Zeit danach verordnet hat.

Ich räume ein, dass ich auch ein wenig schnupft bin über diese Coolness der Kanzlerin. Denn sie hat mich als naiven Träumer entlarvt. Vor vier Wochen hatte ich an dieser Stelle die Hoffnung, ja Erwartung geäußert, die von ihr geführte Regierung werde vor und wegen der kommenden Wahl (und damit vor den Sommerferien) noch einige expansive Antikrisenmaßnahmen auf den Weg bringen.

Nichts davon. Die Kanzlerin bleibt ungeändert. Die einbrechende deutsche Wirtschaft lässt sie kalt. Und sie geht so weit, das erkennbar scheiternde deutsche Geschäftsmodell dem Ausland zu empfehlen. Ihre Ausfälle gegen die Wirtschaftspolitik der USA (und Großbritannien) und gegen die expansive Geldpolitik der großen Notenbanken waren kein Ablenkungsmanöver, sondern ernst gemeint.

Merkels Hoffnung trügt

Die EZB hat auf Merckels Kritik mit einer massiven Zufuhr von einjähriger Liquidität in Höhe von 442 Mrd. € an das europäische Bankensystem geantwortet. Sie hat damit auch klargestellt, dass die Finanzkrise zwei Jahre nach ihrem Ausbruch noch lange nicht bewältigt ist. Es dürfte wohl eher so sein, dass wir uns Phase III der Weltwirtschaftskrise nähern. In Phase I (ab August 2007) verschwand die auf dem Globus grassierende Überliquidität, der Kreditboom stockte, das Finanzsystem begann zu wackeln.

In Phase II erreichte die Finanzkrise die Realwirtschaft auch außerhalb der USA. Wegen der riesigen Nachfragerücklage aus den USA, deren Konsumenten sich nicht mehr verschulden konnten (und wollten), brachen die Investitionen weltweit ein. Zugleich retteten die Staaten nach dem Fall von Lehman Brothers ihre Banken. Sie legten auch Konjunkturprogramme auf. Deren Volumen blieb aber (nicht nur in Deutschland) weit hinter den Kosten der Bankenrettung zurück. Vor allem deshalb dürfte die Hoffnung auf eine Erholung trügen.

Phase III beginnt dann, wenn die scheinbare Stabilisierung der letzten Monate sich als Illusion erweist und die realen Daten erneut nach unten wegsacken. Das ist der berühmte „Double Dip“ der Chart-Techniker, der grafisch zum Ausdruck bringt, dass auch der Letzte begriffen hat, dass es nicht wieder schnell aufwärtsgeht. Entscheidender sind noch die gesellschaftlichen Folgen: Der rapide Anstieg der Arbeitslosigkeit wird dank der Agenda-2010-Reformen

„Ohne die konsumfreudigen Amerikaner ist auch das deutsche Exportmodell am Ende

schnell zu weitverbreiteter Armut führen. Zugleich sorgt die wegbrechende Einkommensbasis für ein rasches Anwachsen der Defizite von Staatshaushalten und Sozialsystemen.

Es mag sein, dass Frau Merkel und ihre Regierung nur prognostisch falsch beraten sind. Es gibt ja durchaus Stimmen, die nicht nur die Talsohle jetzt schon erreicht sehen, sondern auch an einen dann folgenden kräftigen Aufschwung glauben. Diese Ökonomen vermuten, dass die USA, die als Erste die Krise real zu spüren bekommen, aus dieser Krise auch zuerst und zwar bald wieder auftauchen. Die muntere Gangart der Aktien- und Rohstoffmärkte der letzten Monate schien solche Hoffnungen zu bestätigen.

Was davon zu halten ist, haben Beobachter treffend analysiert: Angesichts steigender Arbeitslosigkeit, stagnierender Reallöhne und endlich steigender Ersparnis werden die US-

Bürger die reale Nachfrage nicht erhöhen, zumal die einkommensstützende Wirkung der erhöhten Staatsausgaben bald nachlässt. Das Geschäftsmodell der USA, den Konsum durch steigende Verschuldung der Bürger anzutreiben, so lautet die richtige Folgerung, ist gescheitert.

Wenn Merkel und die in der Regierung versammelten Sozial- und Christdemokraten den Hang zur Verschuldung bei angelsächsischen Privat- und Staatshaushalten tadeln, können sie in der Tat auf das spektakuläre Scheitern dieses Geschäftsmodells verweisen. Es trieb die Weltwirtschaft nett an, während es funktionierte. Seit Sommer 2007 aber ist Schluss mit lustig. Das Modell ist am Ende.

Exportnation ohne Weltmarkt

Mit ihm aber auch das deutsche. Denn nur wenn das lasterhafte Schuldenmodell der USA funktioniert, funktioniert auch das tugendhafte Gürtel-enger-schnallen-Modell in Deutschland. Eigentlich müssten Merkel und Steinbrück das mitbekommen haben. Schließlich brach der Weltmarkt ein, als die USA aufhörten, ihre Konsumgüternachfrage zu steigern, und stattdessen ihr Handelsbilanzdefizit, wenn auch nur mäßig, einschränkten. Die Exporteure der Bundesrepublik liefern direkt nicht viel in die USA. Aber sie liefern (besser: lieferten) an jene, die vom US-Markt abhängig sind.

Die Bundesregierungen, die aktuelle und ihre Vorgängerinnen, haben (mit Ausnahme der kurzen Periode, als es um den neuen Markt der alten DDR ging) immer alles getan, um den Export Deutschlands zu forcieren. Das hat in Maßen funktioniert. Aber der Inlandsmarkt und damit das volkswirtschaftliche Wachstum insgesamt blieb hinter dem Wachstum der Produktionskapazitäten zurück. Die Strategie, in den 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde sie „Angebotstheorie“ getauft, ist gezielt unausgewogen: Alles, was die Kosten der Unternehmen (Löhne, Steuern und Abgaben) senkt, ist gut, was die Nachfrage stärkt, ist schlecht.

Wenn der Weltmarkt wie jetzt darniederliegt, ist eine solche reine Exportstrategie fatal. Merckels Ziel, die deutschen Unternehmen sollten stärker aus der Krise herauskommen (als die Konkurrenz), wird noch viele Pleiten und viel soziales Elend bringen.

E-MAIL leserbriefe@ftd.de

LUCAS ZEISE ist Finanzkolumnist der FTD. Er schreibt jeden zweiten Dienstag an dieser Stelle. Seine nächste Kolumne erscheint am 4. August.

IMPRESSUM

Die Financial Times Deutschland ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann

Marie-Luise Hoffmann (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.), Jochen Mörsch (Stv.), Agenda: Christian Baugl (Ltg.), Horst von Buttlar (Stv.), Online: Dr. Anton Notz (Ltg.)

Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Alexander Mayerhöfer (Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann, Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

ArtDirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ and „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

Geschäftsführende Redakteur: Isabelle Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG
Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg
Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310

Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid Haas

Anzeigenleiter: Mario Suchert (verantwortl.)

Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb
Leitung: Randi Greve, Düsterstr. 1-3, 20355 Hamburg
ISSN 1615-4118

Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Nicole Wulff, Tel. 040/37 03 34 01, E-Mail: wulff.nicole@picturepress.de
Druck: Presse-Druck und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

A B H M